

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P./XXIV/181

Bonn, den 23. September 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| <u>Seite</u> | | <u>Zeilen</u> |
|--------------|--|---------------|
| 1 | <u>Aktive Außenpolitik - trotz Wahlkampf</u> Zu den Gesprächen von Willy Brandt in New York | 44 |

| | | |
|-------|--|-----|
| 2 - 4 | <u>Nichts aus der Vergangenheit gelernt</u> Die ungesicherte Finanzierung der CDU/CSU-Schwerpunktprogramme für die VI. Wahlperiode Von Dr. Alex Köller, MdB | 129 |
|-------|--|-----|

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Festschreiben hat es nie gegeben
Optionsrecht für Übersiedlung nach Deutschland
Unrecht nicht durch neues Unrecht aus der Welt schaffen
Freiheit nicht durch Radikalismus gefährden
Die Geschädigten vernünftig aufklären
Die geistige Eingliederung hat erst begonnen
Ministerieller Erlaß für die Spätaussiedler
Viermal Lassalle
Zur Vollendung des 50. Lebensjahres von Dr. Heinz Kreuzmann

Aktive Außenpolitik - trotz Wahlkampf

Zu den Gesprächen von Willy Brandt in New York

sp - Kaum aus New York zurückgekehrt, hat Bundesaußenminister Willy Brandt Dienstagvormittag in Bonn die deutsche und internationale Presse über seine Gespräche mit westlichen und östlichen Außenministern informiert. Im Mittelpunkt des Interesses stand natürlich die Frage nach der Einschätzung des Bundesaußenministers von seiner Unterhaltung mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko. Es zeigt sich, wie bedeutsam gerade dieses Treffen war. Gestützt auf die Zustimmung der Außenminister der mit der Bundesrepublik befreundeten Staaten konnte Willy Brandt dem sowjetischen Außenminister erklären, daß die Thematik des Gewaltverzichtes und der europäischen Sicherheitskonferenz im Mittelpunkt der westlichen Bemühungen um eine Entspannung zwischen Ost und West bleibt. Der sowjetische Außenminister seinerseits hat anerkannt, daß die Aktivität des deutschen Außenministers und die Richtung der deutschen Außenpolitik in Moskau als ein Fortschritt gegenüber dem früheren Zustand betrachtet wird.

Bundesaußenminister Willy Brandt hat, unbeschadet des Wahlkampfes, die Gewißheit in New York gewinnen können, daß seine hartnäckigen und illusionslosen Bemühungen um die Verbesserung der Atmosphäre zwischen Bonn und Moskau erste Anzeichen des besseren Verständnisses auf Seiten der Sowjets zu zeigen beginnen. Daß er gerade während seines Aufenthaltes in New York auch wiederum von Politikern der Unionsparteien im Wahlkampf wegen seiner Ost-Politik angegriffen wurde, erwähnte Willy Brandt in der Pressekonferenz nur am Rande und fügte hinzu, er überlasse das Urteil über ein solches Verhalten der deutschen Öffentlichkeit.

Abgewogen und illusionslos hat Bundesaußenminister Willy Brandt das Ergebnis seines kurzen Aufenthaltes in New York dargestellt. Die Präzision seiner Aussage, die Überlegenheit der Antworten auch auf heikle Fragen, ließ die Selbstsicherheit dieses Mannes erkennen, der in dem Bewußtsein handelt, eine gute Sache zu vertreten.

Gerade in diesen Tagen der turbulenten Endphase des Wahlkampfes ist es gut zu wissen, daß sich ein Mann wie Willy Brandt nicht aus der Ruhe bringen läßt. Die von ihm eingeleitete Entspannungspolitik gegenüber unseren östlichen Nachbarn muß fortgesetzt werden. Ein Rückfall in die Zeiten des Kalten Krieges, möglicherweise sogar mit Unterstützung rechtsradikaler Elemente im neuen Bundestag, würde die Bundesrepublik in der ganzen Welt isolieren.

Dies noch einmal deutlich gemacht zu haben, ist das große Verdienst des deutschen Außenministers. Die Grundlagen für die Fortsetzung seiner Politik der Aussöhnung mit dem Osten, gestützt auf das vertrauensvolle Einverständnis unserer westlichen Freunde, sind gegeben. Selbst der sowjetische Außenminister konnte diese Realität nicht mehr ignorieren. Es wird darauf ankommen, daß auch nach dem 28. September auf diesem Weg weitergegangen werden kann.

+ + +

Nichts aus der Vergangenheit gelernt

Die ungesicherte Finanzierung der CDU/CSU-Schwerpunktprogramme für die VI. Wahlperiode

Von Dr. Alex Möller, MdB

sp - Der Finanzexperte der SPD, Dr. Alex Möller, hat am 7. August das Finanzprogramm der Sozialdemokraten bis 1973 vorgelegt. Am 27. August hat die SPD den CSU-Vorsitzenden Strauß in seiner Eigenschaft als Finanzminister aufgefordert, das Regierungsprogramm und die Schwerpunktprogramme der CDU/CSU hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte zu überprüfen und das Ergebnis der Berechnungen zu veröffentlichen. Dies ist bisher nicht geschehen. Der CDU-Vorsitzende Kiesinger ist inzwischen von allen Schwerpunktprogrammen seiner eigenen Partei abgerückt. Er erklärte am 19. September: "Ich habe auch nicht ein einziges Wahlversprechen gemacht", obwohl er den "Altenplan" der CDU am 4. Juli in Bonn selbst verkündet hatte. Auch der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion Dr. Barzel hat am 22. September in Bonn kein Finanzprogramm für die Wahlversprechen vorlegen können, die in Form von Schwerpunktprogrammen im Namen seiner Fraktion verkündet worden sind.

Da die SPD der Auffassung ist, daß die finanzwirtschaftliche Solidität gerade nach der eingetretenen Haushaltskatastrophe von 1966 Grundlage aller programmatischen Zusagen der Parteien vor Bundestagswahlen sein muß, legt Dr. Alex Möller heute das Ergebnis der Berechnungen der Wahlversprechen der CDU/CSU offen. Gleichzeitig wird hierdurch bewiesen, daß die Wahlversprechen der CDU/CSU im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung nicht verwirklicht werden können. Die Redaktion.

Die Durchführbarkeit der von der CDU/CSU-Fraktion für die nächste Legislaturperiode angekündigten einzelnen Sachprogramme ist nicht nur wegen der politischen Uneinigkeit der christdemokratischen Parteien gefährdet, sondern auch wegen der vernachlässigten finanziellen Absicherung.

Der Wähler muß wissen, daß die Wahlversprechen der CDU/CSU für die 6. Wahlperiode finanzielle Auswirkungen in einer Größenordnung von mindestens 30 Milliarden DM haben, über die bis jetzt jeder Finanzierungsvorschlag fehlt. Das bedeutet bei ernsthafter Absicht der CDU/CSU, die Wahlversprechen zu realisieren, daß sie entweder kräftig Steuern erhöhen muß (etwa die Mehrwertsteuer von 11 auf 15 Prozent?!), oder sie muß öffentliche Leistungen kürzen (etwa beim sozialen Wohnungsbau oder beim Straßenbau?!).

Das krasseste Beispiel nicht zu finanzierender und daher irre-führender Wahlversprechungen der CDU/CSU ist das mittelstandspolitische Schwerpunktprogramm, das Herr Gewandt am 29.8.1969 vorgelegt hat. Es ist "eine Auswertung der verschiedenen kürzlich von CDU und CSU verabschiedeten Programme und will die Schwerpunkte für die mittelstands-

politische Arbeit der nächsten Legislaturperiode setzen".

Dieses Programm enthält einen umfangreichen Katalog von Steueränderungen mit erheblichen Einnahmefällen für Bund, Länder und Gemeinden. Sie betragen insgesamt rund 24 Mrd. DM für 1970 bis 1973, davon beim Bund 10 Mrd. DM. Über die Finanzierung hat sich Herr Gewandt keinerlei Gedanken gemacht. Allerdings ist anzunehmen, daß Herr Strauß die Pläne seines Kollegen Gewandt kaum billigen kann. Strauß hat in einem Interview mit der "Kölnischen Rundschau" am 5.8.1969 die Auffassung vertreten, daß "es die Bundesfinanzen angesichts der auf uns zukommenden Belastungen und Verpflichtungen auch nicht erlauben, so ohne weiteres auf Steuereinnahmen zu verzichten".

Wir fragen deshalb erneut die CDU/CSU: Welche Auffassung wird von ihr gebilligt, die des Herrn Strauß oder die des Herrn Gewandt? Beide Auffassungen miteinander zu vereinbaren ist nicht möglich. Das heißt: Die CDU/CSU macht mit diesem Programm dem mittelständischen Wähler Versprechen, von denen sie selbst weiß, daß sie nicht einzuhalten sind.

Bei dem verkehrspolitischen Schwerpunktprogramm der CDU/CSU, das Herr Müller-Hermann vorlegte, steht derjenige, der der CDU/CSU seine Stimme gibt, vor folgenden unerfreulichen Alternativen:

- *- Entweder 6 Mrd. DM weniger für den Bundesfernstraßenbau bis 1985;
- * d.h. z.B. daß der von Bundesverkehrsminister Leber vorgelegte
- * neue Ausbauplan mit einer Verdoppelung der Bundesautobahnkilometer bis 1985 nicht verwirklicht werden kann,
- *- oder ein 6 Milliarden-Defizit im allgemeinen Bundesetat,
- *- oder entsprechend höhere Verschuldung.

Die "Grundzüge des Agrarkonzepts der CDU/CSU-Bundestagsfraktion", die am 18. August 1969 von Herrn Struve verkündet wurden, erheben konkrete und quantifizierbare Forderungen nur im Bereich der landwirtschaftlichen Sozialpolitik. Sie bedeuten neue Belastungen für den Bundeshaushalt in einer Größenordnung von rd. 800 Mio. DM allein für die Altershilfe (Erhöhung und Dynamisierung, Defizithaftung des Bundes ohne daß gesagt wird, wie diese Lasten finanziert werden können. Andererseits hat Herr Strauß noch am 3. September in der Antwort des BFW auf eine kleine Anfrage der FDP die Auffassung vertreten, daß höhere Beiträge der Bundesrepublik zur EWG-Agrarpolitik innerhalb des Landwirtschaftsetats, d.h. zu Lasten der nationalen Agrarpolitik aufgefangen werden müßten. Auch hier ein eklatanter Widerspruch zwischen führenden Unionspolitikern.

Wir verzichten auf eine Quantifizierung des wehrpolitischen Schwerpunktprogramms der CDU/CSU sowie des Schwerpunktprogramms für Wissenschaft, Kulturpolitik und Publizistik, da beide zu unpräzise in ihren Aussagen sind. Wir müssen es deshalb den Initiatoren der CDU/CSU überlassen, dem Wähler eindeutig zu sagen, ob die von Dr. Martin empfohlene neue Bildungssteuer in Millionen- oder in Milliardenhöhe erhoben werden soll.

Beim eigentumspolitischen Schwerpunktprogramm der CDU/CSU verzichten wir ebenfalls, die erheblichen finanziellen Auswirkungen auf

Bund, Länder und Gemeinden, die zwischen ca. 4 bis über 6 Mrd. DM betragen können, im einzelnen vorzulegen, da dieses Programm des Herrn Professor Burgbacher offensichtlich nicht von einer ausreichenden politischen Mehrheit der CDU/CSU gestützt wird.

Lediglich bei dem sozialpolitischen Schwerpunktprogramm der CDU/CSU vom 20. August 1969 werden einige Überlegungen zur Finanzierung des Familienlastenausgleichs, der Kriegsopferversorgung oder des Krankenhausbaues angestellt. Auch hier kann leider der Wähler nicht sicher sein, daß unter einer CDU/CSU-Regierung diese Aufwendungen realisiert werden. Der sozialpolitische Experte der CDU/CSU, Herr Dr. Götz, will zwar zur Finanzierung "den Einnahmewuchs des Bundes" beanspruchen, aber mit dem gleichen Wunsche werden ihm die anderen Experten der CDU/CSU in die Quere kommen.

Abschließendes Ergebnis:

1. Jeder einzelne Bürger weiß: Wer vorankommen will, macht Pläne. Er trifft Entscheidungen für die Zukunft. Er muß aber auch überlegen, wie sind seine Ziele auf längere Sicht zu finanzieren?
2. Die CDU/CSU hat leider nicht aus der düsteren Finanzvergangenheit 1965/66 gelernt. Sie stellt unverändert Wahlprogramme auf, ohne sich und dem Wähler Rechenschaft über die Finanzierungsmöglichkeiten und Auswirkungen auf das gesamtwirtschaftliche Leistungsvermögen zu geben.
3. Die CDU/CSU hat weder Vorstellungen erarbeitet über die Entwicklung der Einnahmen des Bundes in den nächsten vier Jahren, noch hat sie den Versuch unternommen, die zahlreichen isolierten Sackforderungen zu berechnen, in einen Zusammenhang zu bringen und in den Gesamtausgabenrahmen einzupassen.
4. Die SPD dagegen fordert finanzielle Disziplin nicht nur von anderen, sondern praktiziert sie bei sich selbst. Sie hat auch 1969 wieder dem Wähler ein Finanzprogramm bis 1973 vorgelegt und darin finanziell abgesichert, wie die Forderungen des SPD-Regierungsprogramms von einer SPD-Bundesregierung ohne Risiken verwirklicht werden können.
5. Die SPD stellt mit Bedauern fest, daß die CDU/CSU nicht in der Lage oder nicht willens ist, der Öffentlichkeit diesen Einblick ebenfalls zu geben. Herr Strauß hat sich dieser Aufgabe - trotz wiederholter Aufforderung der SPD - bisher entzogen.
6. Alle Wahlversprechen der CDU/CSU stehen deshalb im Zeichen der Unsicherheit und der Ungewisheit. Der Wähler der CDU und CSU hat daher keine Sicherheit darüber, was er von diesen Parteien in den nächsten vier Jahren zu erwarten hat.